

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 7-8

Artikel: Indonesien : Kreuzfahrt eines blinden Kapitäns
Autor: Durán, Khalid
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INDONESIEN: KREUZFAHRT EINES BLINDEN KAPITÄNS

Indonesiens Präsident Abdur Rahman Wahid, allgemein Gus Dur genannt, ist ein halbblinker Herzkranker und dennoch ein meisterhafter Autofahrer. Wer in diesem grössten Inselstaat der Welt seinen Führerschein macht, dem wird kaum eine Verkehrsregel abgefragt, nicht einmal der Unterschied zwischen rot und grün, links und rechts. Stattdessen lehrt der Fahrlehrer, wie man die nächste Bewegung der Autos um sich herum vorausahnt oder Schlaglöcher vermeidet. Wichtig ist, nicht weit vorausschauen und nach irgendwelchen Schildern Ausschau zu halten, sondern die unmittelbare Nachbarschaft im Auge zu behalten und mit ihr zu kommunizieren: man winkt oder ruft sich zu. Ausländern fällt das Mithalten schwer. Einheimische meinen, erst müsse man das javanische Schattenspiel erlernen.

Der volkstümliche Präsident treibt Politik auf diese scheinbar chaotische Weise und fährt nicht schlecht dabei, verursacht damit allerdings manchen Mitarbeitern Bauchweh. Von den drei zurzeit schwierigsten Elementen in der Politik seines überbevölkerten Inselreiches hat er eines bereits im Griff: Die Gefahr eines Militärputsches scheint vorerst gebannt. Aussenminister *Schihab* ist sicher zu optimistisch, wenn er meint, 70 Prozent des Militärs stünden hinter dem Präsidenten, doch hat sich die alte Generalsclique überlebt. Der abgesetzte Präsident *Suharto* ist das beste Beispiel dafür. Indonesien hat ein halbes Jahrhundert direkter und indirekter Militärherrschaft hinter sich, erst links-orientiert (unter *Sukarno*), dann rechts-orientiert (unter *Suharto*). *Abdur Rahman Wahid* ist der erste demokratisch gewählte Präsident in der Geschichte Indonesiens.

Wird das Beispiel Ost-Timor Schule machen?

Der zweite Gefahrenherd ist der vielgestaltige Separatismus. Sumatra, die westlichste Insel, ist mehr nach Mekka orientiert als nach Jakarta; hier kämpft eine fundamentalistische Aufstandsbewegung seit Jahrzehnten um Unabhängigkeit. Überall entzündet sich der Separatismus am Widerstand gegen die Einwanderer aus den überbevölkerten Inseln Java und Madura, wo wenigstens 55 Prozent der 212 Millionen Indonesier leben. Auf dem einst überwiegend christlichen Maluku sehen sich die Einheimischen nun mit einer muslimischen Mehrheit von 57 Prozent konfrontiert; den Islamisten auf Sumatra sind die zugezogenen Javaner nicht strenggläubig genug; und in Neu Guinea sind sie den einheimischen Papuas zu indonesisch.

Der wohlmeinende Präsident versucht, dem Separatismus mit Autonomiezugeständnissen beizukom-

men. So darf sich der indonesische Teil Neu-Guineas nun Papua nennen, statt wie bisher Irian Jaya. Mit solch freundlichen Gesten lässt sich zwar Zeit gewinnen, doch lösen sie die Probleme nicht. Nachdem das katholische Ost-Timor in die Unabhängigkeit entlassen wurde, sind die vielen anderen Separatisten zuversichtlich geworden. Warum auch nicht? Früher gab es hier schliesslich eine Vielzahl von Inselstaaten. Erst die Holländer haben in dreihundertjähriger Kolonialzeit daraus einen Einheitsstaat gemacht – Indonesien.

Lösen sich nun der Atschee (Aceh) genannte islamistische Teil Sumatras und der westliche Teil Neu-Guineas aus dem Staatsverband, dann folgen auch die Molukken (Maluku). Zurück bliebe im wesentlichen das hoffnungslos überbevölkerte Java – schlimmer als Bangladesch. Präsident *Wahid* hat den aufmüpfigen Führern von Atschee einen höheren Gewinnanteil an den dortigen Bodenschätzen zugesagt. Damit bleibt für die Staatskasse wenig übrig. Ballt sich künftig auf Sumatra der Reichtum, dann werden die hungernden Javaner erst recht dorthin übersiedeln wollen, wodurch sich bei den Atschee-Islamisten der Fremdenhass noch verstärkt.

Islamisten gegen Muslime

Das dritte der drei feindlichen Elemente sind die Islamisten, d.h. die Vertreter der militanten Ausformung des Islam in eine politische Ideologie mit faschistoiden Zügen. Bevölkerungsmässig ist Indonesien der grösste Muslimstaat der Welt. Hier gibt es mehr Anhänger des Islam als in der gesamten arabischen Welt zusammen. Prozentual gesehen sind die Islamisten unbedeutend, doch fünf Prozent von fast 200 Millionen indonesischer Muslime, das sind immerhin rund 10 Millionen.

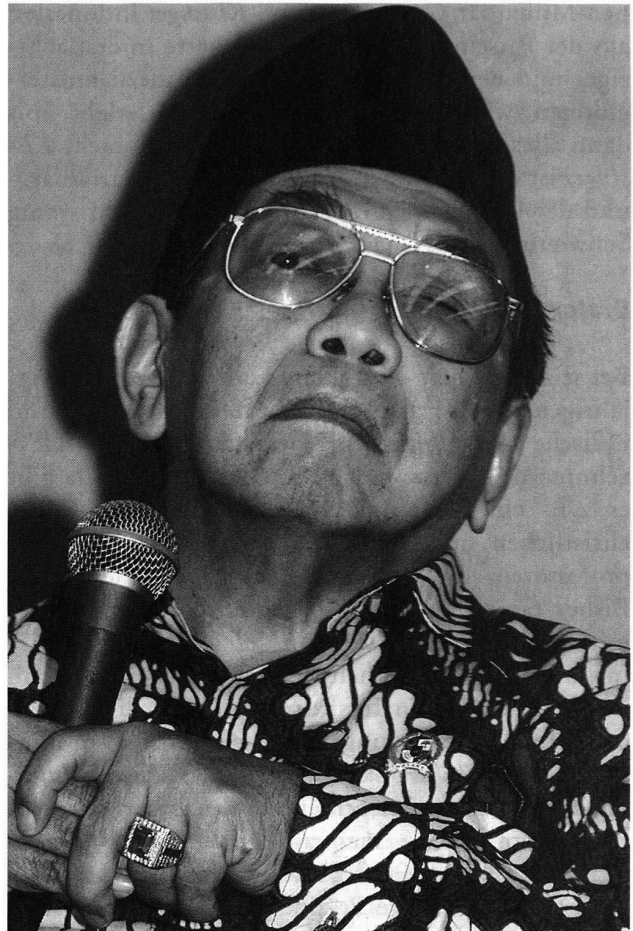
Die Islamisten mit ihrem internationalen Netzwerk nahmen *Wahid* vom ersten Tag an aufs Korn. Er war kaum im Amt, da klagten sie schon weltweit über sein «repressives Regime». Die Ernennung von *Alwi Schihab* als Aussenminister half dem Präsidenten wenig. *Schihab* ist arabischer Abstammung und arbeitet mit Islamistenkreisen zusammen, wird von deren internationalem Netzwerk aber nicht als voll zugehörig angesehen. *Wahid* vertritt die Mehrheitsströmung unter den Indonesiern, denen der Fanatismus der Islamisten fremd ist. Die Islamisten bilden eine neue Elite, die sich einem politischen Totalitarismus verschrieben hat. Da sie sich zu ihrer Legitimierung islamischer Symbolik bedienen, kommt ihnen nichts so ungelegen wie eine Alternative zu ihrer Ideologisierung der Religion. Ein Rechtsgelehrter auf dem Präsidentensessel hat es leicht, die Islamisten einer entstellenden Religionsinterpretation zu bezichtigen. Islamisch unbedarfte Staatsmänner sind ihnen lieber, weil sie dann die Gläubigen leichter aufwiegeln können.

Wahid hat an Kairos theologischer Hochschule Al-Azhar studiert und steht der Partei Nahdat-ul-Ulema vor, die man mit den Christdemokraten vergleichen könnte, das heisst, sie ist eine konservative islamische Partei und keineswegs extremistisch. Der Name bedeutet «Renaissance der Rechtsgelehrten» und deutet auf den traditionalistisch/orthodoxen Charakter hin, was bei den generell ungezwungenen und weltoffenen Indonesiern allerdings nicht viel heissen will. Den Islamisten ist diese Partei immer schon ein Dorn im Auge, denn unter all den Parteien mit einem islamischen Anspruch ist sie stets die stärkste geblieben, wenngleich sie sich während der jahrzehntelangen *Suharto*-Herrschaft recht passiv verhielt. Neben den Säkular-Nationalisten der *Sukarno*-Tochter *Mega-wati* ist die Nahdat-ul-Ulema die zweitstärkste Partei

*Ballt sich künftig auf Sumatra
der Reichtum, dann werden die
hungernden Javaner erst recht
dorthin übersiedeln wollen.*

Indonesiens. Angesichts der Bevölkerung Indonesiens ist sie jedoch zahlenmässig die stärkste Muslimpartei der ganzen Welt.

Zwecks Verbesserung der Wirtschaftslage braucht *Wahid* die USA. Um sich deren Sympathien zu sichern, möchte er Israel diplomatisch anerkennen. Das liess er gleich nach Amtsantritt verkünden und entfachte damit einen Sturm der Entrüstung bei den Vertretern arabischer Staaten. Prompt marschierten zehntausend von den Islamisten mobilisierte Kopf-



Der indonesische Präsident Abdur Rahman Wahid an einer Pressekonferenz Anfang Mai in Jakarta. Wahid sieht sich wachsender Kritik ausgesetzt angesichts sozialer Unruhen und der drohenden Aufspaltung seines Koalitionskabinetts, das er seit seinem Regierungsantritt im vergangenen Oktober mehrere Male umbilden musste. © Keystone Archive, Zürich

tuchfrauen gegen die erste demokratisch gewählte Regierung des Landes auf. Schliesslich versuchte die Führung der eigenen Partei, *Wahid* davon abzubringen – so viel Ärger sei die Sache doch nicht wert.

Öffentlich nahm der Präsident von der Israel-Anerkennung erst einmal Abstand, doch ist er nicht allein von Nützlichkeitsbeträgungen motiviert, sondern ist vom Ideal der Versöhnung beseelt. Eine seiner ersten Auslandsreisen führte ins benachbarte Singapur, wo er an die dorthin geflohenen chinesischen Geschäftsleute appellierte, nach Indonesien heimzukehren. Gewiss ging es dabei um Milliardenbeträge, aber auch um ein menschliches Anliegen, das ihm von der chinesischen Minderheit hoch angerechnet wurde.

Dann ernannte er auch noch *Henry Kissinger* zum Super-Berater seiner Regierung. Da *Kissinger* für Ölkonzerne mit Milliarden-Interessen in Indonesien arbeitet, verzichtete er ausnahmsweise auf Bezahlung für diesen Aufseherposten. Zusammen mit dem vielgeschmähten – und ebenfalls jüdischen – Philanthro-

pen-Milliardär *George Soros* soll *Kissinger* Indonesien aus der Patsche helfen. Das Land hatte in den achtziger und neunziger Jahren einen geradezu muster-gültigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, bis dann alles wie ein Kartenhaus zusammenbrach. *Kissinger* ist der Meinung, der Schaden sei reparierbar – und der Internationale Währungsfond macht wenig Schwierigkeiten.

Dialog statt Dihad (heiliger Krieg)

Bei seinem Dialog-Ping-Pong kommen dem sechzig-jährigen *Wahid* Freundschaften mit christlichen und jüdischen Religionsgelehrten zustatten, die seit Jahrzehnten den Dialog mit dem Islam pflegen. Da gibt es z.B. ein Gremium von neun jüdischen, neun christlichen und neun muslimischen Universitäts-professoren, die einmal im Jahr zusammentreten. Bisher tagte dieses seit 15 Jahren bestehende Gremium meist in den USA. An der Temple University in Philadelphia unterhält der katholische Philosoph *Leonard Swidler* ein Institut für globalen Dialog an dem Indonesiens junger Aussenminister promovierte, *Alwi Shihab*. *Wahid* ist ebenfalls ein *Swidler*-Freund und besuchte schleunigst auch den Papst in Rom. Man möchte meinen, für das von Kämpfen zwischen Christen und Muslimen geplagte Land sei er genau der richtige Präsident. Er sieht seine Aufgabe als Vermittler und Friedensstifter. *Wahid* lud dieses interreligiöse Gremium ein, die diesjährige Tagung in Jakarta abzuhalten, wo er persönlich die Dialogveranstaltung am 14. Februar eröffnete, gefolgt von Jordaniens «abgesetztem» Thronfolger Prinz *Hassan*, der hohes Ansehen als mutiger Intellektueller genießt. Zum ersten Mal wurden den Indonesiern Rabbiner vorgestellt (alle neun jüdischen Professoren des Gremiums sind auch Rabbiner), doch jeweils flankiert von einem christlichen und einem muslimischen Religionsgelehrten. Hier bewahrheitete sich der Spruch «Auf die Verpackung kommt es an.»

Skeptiker fragten, was in einer solchen Phase der Bürgerkriege (Ost-Timor, Maluku, Sumatra) wohl eine Gelehrtenkonferenz in der Hauptstadt ausrichten könne. Wirkungslos war das Treffen jedoch nicht, wie sich schnell herausstellte. Neben ihren Gelehrtengesprächen trieben die Dialogprofessoren auch fleissig Öffentlichkeitsarbeit – mittels Vorträgen an Universitäten und vor Kulturvereinen. Dabei stellte sich heraus, dass unterm Volk, und nicht nur unter den Studenten, ein starkes Bedürfnis nach Aussprache über Glaubensfragen besteht. Die traditionell aufgeschlossenen Indonesier erkennen sich heute bisweilen selbst nicht wieder. «Wie setzen wir dem Blutvergiessen ein Ende und stellen Freundschaftsbände wieder her?» Zur gleichen Zeit kam es in den Strassen der Hauptstadt zu schwererklärten De-

monstrationen für einen heiligen Krieg gegen die Christen.

Die angereisten Professoren schienen gelegentlich ein wenig überfragt, doch allein ihr Auftreten als ein multireligiöser Freundeskreis hatte eine wohltuende Wirkung und löste rührende Szenen der Verbrüderung aus, mit Gelübden, sich nie wieder zu Ausschreitungen gegen Andersgläubige hinreissen zu lassen. Das globale Dialoggremium hätte noch einen Monat lang diese Inselwelt bereisen sollen, doch mussten die Professoren auf ihre Lehrstühle zurück. Einige waren heilfroh, dass sich während ihrer Anwesenheit kein Militärputsch ereignete. Manch einer war wegen der angekündigten Kraftprobe zwischen Präsident *Wahid* und General *Wiranto* gar nicht erst angereist.

Die Islamisten reagierten auf die Ping-Pong-Politik des interreligiösen Dialogs mit Ausschreitungen gegen Bars und Nachtlokale in Touristenorten südlich von Jakarta, wie in Ägypten, Pakistan und anderen Staaten vorexerziert. Die heftigste Verunglimpfung des «sündhaften» *Wahid* stand ausgerechnet im Organ der Islamisten in den USA zu lesen, heute eine der wichtigsten Schaltzentralen für Extremistengruppen.

Gus Dur liess sich jedoch nicht beirren. Fast wäre er am 4. Mai in Washington erschienen, zur Jahreskonferenz des machtvollen *American Jewish Committee*, wo er zusammen mit *Madeleine Albright* auftreten wollte, um den Amerikanern zu demonstrieren, dass Indonesien sich der Neuen Weltordnung verpflichtete. Doch als Verwalter von tausend Inseln ist man nicht leicht abkömmlich, und die Gesundheit des 62jährigen Präsidenten wird bei der anstrengenden Aufgabe nicht besser.

Wahid steht einer aus acht Parteien bestehenden «Muslimischen Achse» vor, die jeden Moment auseinanderzubrechen droht. *Megawati*, die Chefin der stärksten Partei des Landes, der säkular-nationalistischen Demokratischen Kampfpartei, war von ihm überrumpelt worden und fand sich mit dem Posten einer Stellvertreterin ab. Nun hängt sein politisches Überleben weitgehend von ihrem guten Willen ab. Viele Politiker Indonesiens haben den menschlich so angenehmen *Gus Dur* ohnehin nur als einen Kompromiss angesehen, als eine Übergangslösung für die unangenehmste Phase. Es brodelt an allen Ecken und Enden des Riesenstaates, da kann man nur froh sein, wenn sich ein Idealist findet, um die Verantwortung zu übernehmen. Mit ihren zahllosen Problemen ist diese Inselwelt zu einem Puzzlespiel geworden, in dem sich selbst Einheimische nicht leicht zurechtfinden, so überlässt man das Staatsschiff besser einem Blinden und vertraut auf dessen guten Stern. ♦

KHALID DURAN ist Vorsitzender der Ibn-Khaldun-Gesellschaft, eines internationalen Kulturvereins, und Redakteur der in Washington herausgegebenen politischen Vierteljahresshefte «TransState Islam».